

SPIEGEL Titel

Agentenjagd in Bonn: „Alles Qualm“

Der Bundestag mußte aus den Ferien kommen. Die Wohnung eines Bahr-Mitarbeiters und das Büro eines Abgeordneten wurden durchsucht. Haben die Aussagen des

rumänischen Geheimdienstchefs Paceba den Top-Spion enttarnt? Oder ist die Agentenjagd, wie Kanzleramtschef Manfred Schüler vermutet, „alles Qualm“?

Egon Bahr mochte nicht länger schweigen. Am Dienstagabend vergangener Woche bat der SPD-Bundesgeschäftsführer seinen persönlichen Referenten Joachim Broudré-Gröger zu sich ins Chefbüro. Unter vier Augen eröffnete er seinem Vertrauten, daß dieser unter Spionage-Verdacht stehe. Er müsse damit rechnen, daß „in den nächsten zwei Wochen etwas auf Sie zukommt“.

Der Parteimanager hatte sich zu der Vorwarnung entschlossen, weil ihm weiteres Zuwarten nicht vertretbar schien. An jenem Dienstag nämlich hatten sich in Bonn die Gerüchte verdichtet, General Ion Pacepa, der zu den Amerikanern übergelaufene stellvertretende rumänische Geheimdienstchef, habe den engen Mitarbeiter eines SPD-Spitzenpolitikers als Agenten enttarnt.

In der Pressestelle der Bonner SPD-Zentrale meldeten sich Journalisten und gaben zu erkennen, daß sich ihr Verdacht gegen den Bahr-Mitarbeiter richte. Am Dienstagnachmittag tickerte „Bild“ an konservative Blätter schon eine Vorabmeldung seines Aufmachers vom nächsten Morgen: „Spione in Bonn: Überläufer brachte Liste mit.“ Broudré-Gröger selbst wurde von Presseleuten angerufen und um sein Photo gebeten.

Zur SPD-Präsidiumssitzung am selben Abend fertigte Vize-Sprecher Uwe Karsten Heye eilig eine Dokumentation der Gerüchte und Anrufe. Die Unterlagen gingen an Geschäftsführer Bahr — über den Schreibtisch seines im



Verdächtigter SPD-Abgeordneter Holtz (vorn)*: Gefährlicher als Guillaume?

* Bei der Abstimmung über die Aufhebung seiner Immunität in der Sondersitzung des Bundestags.

Vorzimmer sitzenden persönlichen Referenten Broudré-Gröger.

Nachdem Bahr seinem Mitarbeiter angedeutet hatte, was ihm selbst von den Sicherheitsbehörden am 7. August mitgeteilt worden war, verschwand der Gewarnte im Dunkel der Nacht.

Bis gegen zwei Uhr morgens pokulierte der Bahr-Mann — nicht gerade typisch für einen aufgeschreckten Spion — mit Bekannten in Bonns „Elsässer Weinstuben“, ohne ein Wort über den Schock in der Abendstunde zu verlieren. Dann ging Broudré-Gröger zu Bett, doch nicht in seiner Wohnung an der Adenauerallee 236, sondern im Appartement einer Freundin am Bonner Augustusring.

Am Mittwochmorgen machte er sich zum Rasieren auf den Weg nach Hause. Dort fanden sich zu früher Morgenstunde auch die Fahnder des Bundeskriminalamtes ein. Sie durchsuchten seine Wohnung und quetschten Broudré-Gröger vierzehn Stunden lang aus, mit offenkundig mäßigem Erfolg. Zu den wichtigsten Erkenntnissen der Agentenhäscher gehörte das Eingeständnis des Partei-Arbeiters, er sei von seinem Chef vorab informiert worden.

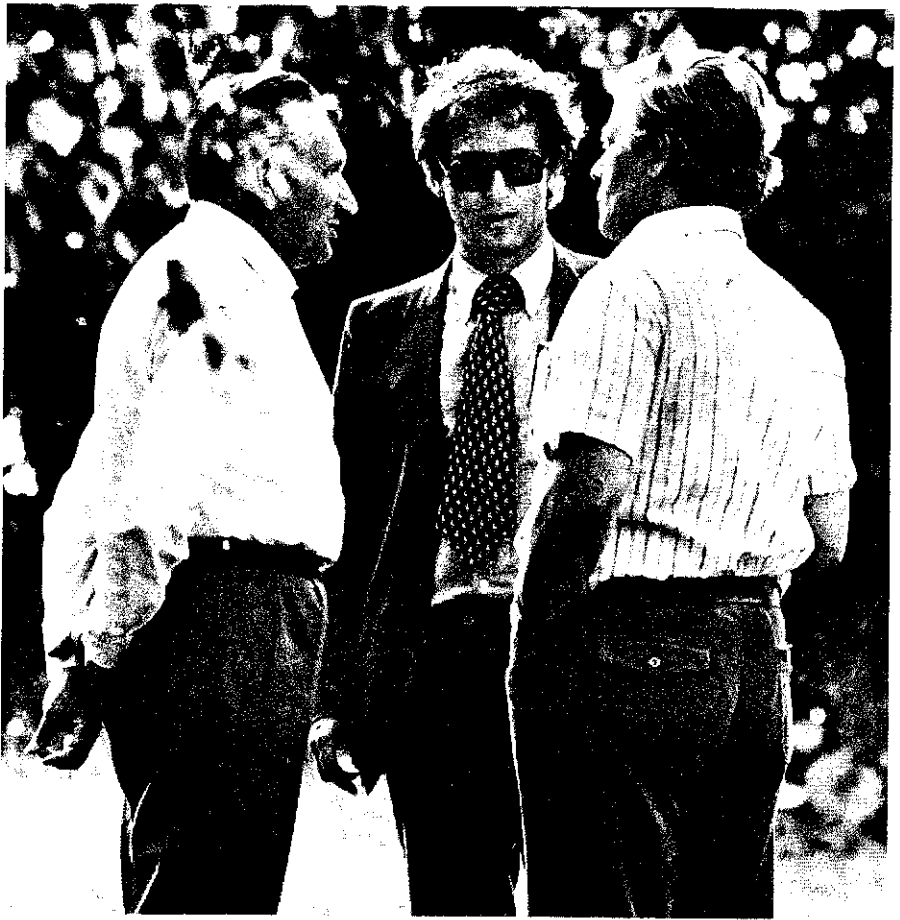
Noch war die Vernehmung nicht zu Ende, noch waren weitere Namen nicht an die Öffentlichkeit gelangt, da tat die Opposition schon so, als ob sie mehr wisse. Der CSU-Abgeordnete Walter Althammer, dem wohl schon die geringe Ausbeute des Broudré-Gröger-Verhörs zu Ohren gekommen war, fragte am Mittwochnachmittag in einer Presseerklärung, „wer ein Interesse daran haben kann, daß den Verdächtigen nichts nachzuweisen ist“.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Helmut Kohl antwortete auf die Frage des SPIEGEL, ob er sich von der Affäre für den hessischen Wahlkampf Auftrieb verspreche: „Da kann für uns ja nichts rauskommen, weil die SPD 48 Stunden Zeit hatte, alles unter den Teppich zu kehren.“

Die Bundesfahnder mißachteten simpelste Kriminalistenregeln.

Dabei war der Verdacht gegen Broudré-Gröger nur der Auftakt. Neue gewichtige Namen kamen ins Spiel. Springers „Welt“ meldete, „bei Wehner und Bahr soll ein Spion sitzen“. Ein Geheimdienstexperte dagegen: Daß ein Wehner-Mitarbeiter unter Verdacht stehe, „kann man vergessen“, da sei „nichts dran“.

Und es kamen noch schlimmere Nachrichten. Neben offensichtlichen Randfiguren, wie einem Abteilungsleiter des Landwirtschaftsministeriums, einem Grenzschutzbeamten und einem FDP-Mitarbeiter, war ein wichtiger SPD-Bundestagsabgeordneter in Verdacht geraten. In einer Sondersitzung



Verdächtiger SPD-Referent Broudré-Gröger (M.), Vorgesetzte*: Schock am Abend

hob der Bundestag einstimmig am Freitag die parlamentarische Immunität von Uwe Holtz, dem 34-jährigen Vorsitzenden des Entwicklungshilfe-Ausschusses, auf.

War damit der deutschen Abwehr endlich der große Schlag gelungen? Hatten die Fahnder jenen Superagenten gestellt, der, gefährlicher noch als Kanzleramtsspion Günther Guillaume, angeblich schon seit längerem die Geheimnisse von Bonn ausspähen soll?

Denn immer wieder waren Hinweise aus dem Osten aufgetaucht, die den Argwohn der Sicherheitsbehörden zu bestätigen schienen, es gebe tatsächlich in Bonn einen solchen Top-Mann.

Oder jagen die Westdeutschen nur einem Phantom nach? Sind sie den maghrebinischen Geschichten eines wichtigstuerischen Überläufers aus dem Balkan auf den Leim gegangen?

Schon jetzt scheint sicher, die Fälle Broudré-Gröger und Holtz sind auch nicht entfernt mit den Fällen Alfred Frenzel und Karlfranz Schmidt-Wittmack zu vergleichen. Sozialdemokrat Frenzel, 1960 verhaftet, hatte aus dem Bundestags-Verteidigungsausschuß brisantes Material an die CSSR geliefert, CDU-MdB Schmidt-Wittmack, 1954 in die DDR übergewechselt, hatte gleichfalls für den Osten gespäht.

Die neueste Spionenjagd ähnelt da schon eher, wie sich Kabinettsmitglie-

der erinnern, der „Aktion Vulkan“. Unter diesem Stichwort wurde im April 1953 die vermeintlich „größte sowjetische Geheimorganisation im Westen“ (so die damalige Bundesregierung) zerschlagen. 38 Personen kamen in Haft. Nur: Das Material, das der ostdeutsche Überläufer Gottlob Kraus in den Westen mitgebracht hatte, erwies sich im Laufe der Ermittlungen als wenig stichhaltig. Der Bund mußte mehr als eine halbe Million an Schadenersatz und Haftentschädigung für Unschuldige springen lassen.

Diesmal spricht vieles dafür, daß die mehr als dürftigen Tips des Rumänen der CDU/CSU und Springer-Presse, „Quick“ und Löwenthal als Vorwand dienten, zum Auftakt der heißen Phase des Hessen-Wahlkampfes ein großes Spektakel gegen die regierenden Sozialdemokraten zu inszenieren.

Seltsam die Rolle der Bundesanwaltschaft in diesem Agenten-Thriller. Wieso ließ sie sich im Fall Holtz sechs Tage Zeit? Schon am Freitag vorletzter Woche, dem 25. August, hatte der Verfassungsschutz nach Karlsruhe gemeldet, daß Pacea allein MdB Holtz namentlich benannt und als Spion belastet hatte.

Doch dann mißachteten die Bundesfahnder simpelste Kriminalistenregeln.

* SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr (l.), Bundeskanzler Schmidt.



Überläufer Pacepa
Nur dürrtiges Material

wuchs — noch lange anhängen wird, sollte sich seine Unschuld herausstellen.

Der für Landesverrat zuständige Bundesanwalt Felix Kaul startete am Montag letzter Woche in seinen Urlaub und überließ die heikle Angelegenheit seinem Stellvertreter Helmut Kunz. Der Chef der Behörde, Generalbundesanwalt Kurt Rebmann, kam erst am Donnerstagmorgen aus seinen Ferien in Spanien zurück und wiegelte sofort ab: „Niedriger hängen, niedriger hängen, Gewehr bei Fuß.“

Der CDU-nahe oberste Ankläger der Bundesrepublik gab zu verstehen, außer den Pacepa-Aussagen gebe es keinerlei dingliche Beweise, keine zusätzlichen Verdachtsgründe.

Die Zurückhaltung des heimgekehrten Chefanklägers läßt vermuten, zu einer Sondersitzung des Bundestages wäre es gar nicht erst gekommen, wenn er in Karlsruhe anwesend gewesen wäre. Man hätte vermutlich bis zum Ende der parlamentarischen Sommerpause gewartet. Ein förmliches Ermittlungsverfahren war bei so vagem Ver-

takt zu Ausländern gilt, wird im Osten bereits als konspirativer Treff bewertet.

Durchblick wie immer zeigte SPD-Fraktionschef Herbert Wehner. Nach dem Fünf-Minuten-Plenum vom Freitag entrüstete sich der Alte: „Ich habe eine Erklärung. Die werde ich, ohne jemals zu kapitulieren, immer wieder dem deutschen Volk deutlich machen: daß gewisse Geheimdienste zusammen mit gewissen Leuten, die es auszuschlachten für gut halten, gemeinsame Sache machen. Ich bin gegen diese Verurteilung von Menschen aufgrund von CIA-Berichten und parfümierten Beigaben.“ Seine Drohung: „Sie werden die Puppen noch tanzen erleben.“

Wehner scheint zu erkennen, auf welch schwachen Füßen die Anklagen stehen, die derzeit in Bonn gegen seine Parteifreunde die Runde machen. Denn außer den Hinweisen Pacepas, der wohl kaum vor deutschen Gerichten als Zeuge aufzutreten bereit ist, haben die Ermittler bis zum Freitagabend keine handfesten Indizien gefunden.

Für Bonner Politiker wie für Ermittlungsbeamte ist der rumänische Überläufer eine undurchsichtige Figur. Seine Erzählungen besitzen deshalb auch nur begrenzten Wert.

Obwohl Pacepa seit vielen Jahren als stellvertretender Leiter des rumänischen Spionageapparates amtierte, zeitweilig sogar als Chef, und ihm als engem Vertrauten von Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu nach seiner Aussage die Topsecret-Informationen der anderen östlichen Geheimdienste zugänglich waren, konnte er den Bonnern nur dürrtiges Material liefern.

Zweimal schickte das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz einen Beamten in die USA, wo Pacepa in der Nähe von Washington derzeit vom amerikanischen CIA verborgen gehalten wird. Vergeblich versuchte der Kölner Vernehmungsexperte, als CIA-Mann getarnt, Genaueres über die Bonner Spionageszene zu erfahren. Was Pacepa offenbarte, war, so ein Insider, ebenso „lapidar wie fleischlos“.

Erst nach mühsamen Recherchen ließen sich anhand der vagen Hinweise schließlich sieben Verdächtige ermitteln. Mehrfach hatte Pacepa die Fahnder auf Spuren gesetzt, die sich nachträglich als falsch erwiesen. Und auch über die sieben konnte er nur wenig Detailliertes berichten. Nur in einem war er immer absolut sicher: Die Betroffenen seien richtige Agenten; „a real agent“, so wiederholte er stets laut Vernehmungsprotokoll. Belege für seine Behauptungen konnte er nicht bieten.

Als einziger Name fiel ihm nur der des Bundestagsabgeordneten Uwe Holtz ein. Der General verkündete knapp: „Er ist ein Agent, ein ganz hervorragender. Er macht alles.“

Als die Beamten wissen wollten, was der Abgeordnete denn für die Rumänen gemacht habe, antwortete Pacepa



Ausschußvorsitzender Holtz (r.), Parlamentskollege*: Junge Hoffnung der SPD

Sie griffen zwar am Mittwochmorgen bei Broudré-Gröger zu, ließen aber Holtz unbehelligt, statt, wenn schon, die Aufhebung seiner Immunität zum Wochenbeginn zu verlangen. Wäre der SPD-Abgeordnete tatsächlich Spion im Solde des Ostens, hätte er ausreichend Zeit gehabt, Spuren zu verwischen oder sich gar ins Ausland abzusetzen.

Offen blieb vergangene Woche auch, wer überhaupt die Verantwortung für jenes spektakuläre Bundestags-Schauspiel zu tragen hat, das dem Parlamentarier Holtz — einem der wenigen Ministern unter dem Fraktionsnach-

dacht womöglich zunächst gar nicht notwendig. Statt dessen hätte es eine Einvernahme des Abgeordneten Holtz wohl auch getan, der Verhältnismäßigkeit der Mittel entsprechend.

Rebmann schien zu dämmern, seine Kollegen hätten die Aussage Pacepas überschätzt, vor allem die Wortwahl des Rumänen in Sachen Broudré-Gröger und Holtz. Insbesondere, wenn man berücksichtigt, wieviel weiter im Ostblock der Begriff Agent gefaßt wird als im Westen. Denn was in einer offenen Gesellschaft als unverfänglicher Kon-

* CDU-Abgeordneter Jürgen Todenhöfer.



Ostspione Schmidt-Wittmack, Frenzel: Brisantes Material geliefert

schlicht: „Er hat viele wichtige Informationen geliefert.“

Den Einwand, Holtz habe als Vorsitzender des Entwicklungshilfe-Ausschusses möglicherweise offizielle Beziehungen zu Vertretern der rumänischen Botschaft in Köln unterhalten, wies der Rumäne brüsk zurück. Er könne schließlich genau zwischen offenen und verdeckten Kontakten unterscheiden, erläuterte er pikiert. Es habe normale Gespräche zwischen Holtz und Constantin Denuta, einem Mitglied der Wirtschaftsabteilung in der Botschaft, gegeben, aber auch ein System verdeckter Kontakte.

Nach Pacepas Erzählungen hat der Parlamentarier zwar kein Geld genommen, sich seine Dienste aber mit Geschenken honorieren lassen. In den Akten sei er auch unter Decknamen geführt worden. Er war „our deputy“ (unser Abgeordneter), so beschrieb Pacepa das Verhältnis. Bei Holtz sei den Rumänen gelungen, was sie bei anderen Abgeordneten vergeblich versucht hätten: eine regelrechte Anwerbung für ihren Nachrichtendienst.

Den Nachweis für diese Behauptungen blieb der Zeuge schuldig. Sein einziges Indiz: eine öffentliche Anfrage des Parlamentariers im Bundestag.

Am 21. Juni 1978 hatte Holtz in der Fragestunde tatsächlich von der Bundesregierung wissen wollen, ob „Rumänien der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Vorstellungen entwickelt hat, die darauf hinauslaufen, das VFW-Fokker-614-Programm selbständig weiterzuführen, ohne daß personelle und finanzielle Risiken für die Firma Fokker entstehen sollen“. Weil Pacepa

wohl selbst dämmerte, daß eine solche Routine-Anfrage kaum als Beleg für eine Agentenstory herhalten mochte, wartete er mit konspirativem Background auf.

Holtz habe mit Denuta verabredet, er wolle der SPD-Fraktion erklären, der rumänische Botschafter habe ihm in einem Brief die Informationen für die Anfrage zugesteckt. Wenn jemand den Brief sehen wolle, könne er — so die mysteriöse Abrede — immer noch sagen, er könne den jetzt nicht mehr finden. Welchen Sinn das angebliche Manöver haben sollte, blieb schleierhaft: Abgeordnete können, auch ohne Begründung, fragen, was sie mögen.

Den Genossen erscheint die Pacepa-Saga absurd.

Der 34jährige Volksvertreter, von seinem Fraktionschef Herbert Wehner als junge Hoffnung der SPD gefördert, sieht sich in eine „große Schweinerei“ hineingezogen. Die Vorwürfe hält er für abenteuerlich: „Alles Quatsch.“

Tatsächlich hat der Sozialdemokrat häufig mit Denuta zusammengesessen, den er seit einigen Jahren kennt. Sie trafen sich in Restaurants und auch mal in der Privatwohnung von Holtz. Doch Geschenke, sagt der Sozialdemokrat, gab's nicht, es sei denn gelegentlich einen Blumenstrauß für seine Frau. Die Spesenrechnungen in den Gaststätten beglichen mal der Rumäne, mal der Deutsche — und zwar, „wie sich belegen läßt, mit der Diners-Club-Karte“ (Holtz). Seinen Mit-Esser De-

nuta kann freilich niemand mehr befragen: Der Diplomat ist seit einer Woche verschwunden.

Für eine Zusammenarbeit der Rumänen mit dem VFW-Fokker-Flugzeugwerk, erläutert Holtz, habe er sich eingesetzt, um einerseits „dem Entwicklungsland Rumänien zu helfen“ und andererseits gefährdete Arbeitsplätze in dem kriselnden Unternehmen zu retten. Der Abgeordnete: „Ich erwarte, daß der Verdacht unverzüglich aufgeklärt wird.“

Den Namen des zweiten Verdächtigen auf der Pacepa-Liste bekamen die Verfassungsschützer erst nach Recherchen in der SPD-Zentrale heraus. Der Rumäne hatte in den USA von einem „Sprecher bei der SPD“ erzählt, der früher in der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes gearbeitet habe. Die Angaben trafen auf Joachim Broudré-Gröger zu.

Auch dieser Mann habe, so Pacepa, offene und verdeckte Kontakte mit Angehörigen der rumänischen Vertretung unterhalten. Dokumente und Informationen geliefert und sogar eine Begegnung zwischen dem rumänischen Außenminister und Egon Bahr vermittelt. Für seine Dienste, so gab der Überläufer zu Protokoll, habe der Bahr-Gehilfe auch Geld erhalten. Freilich, so Pacepa bedauernd, „er unterschreibt keine Quittungen“.

Gerade diese Behauptung kam einem Abwehrexperthen aus Köln sehr verdächtig vor. Vorsichtig erkundigte er sich bei Pacepa, ob womöglich die rumänischen Diplomaten in Bonn jenes Westgeld, das angeblich an Broudré-

Gröger floß, in die eigene Tasche gesteckt hätten und ob seine Landsleute nicht auch normale Kontakte zu brisanten Geheimtreffen hochstilisiert hätten, um so besonderen Arbeitseifer nachweisen zu können.

Der Rumäne, mit den pekuniären Sitten seines Landes wohlvertraut, zeigte durchaus Verständnis für das Mißtrauen. Er kenne genau die Probleme, er wisse auch, daß es in diesem Gewerbe Übertreibungen gebe. Und dennoch müsse er sagen: Der Mann aus der SPD-Zentrale sei „seit Jahren Agent“.

Nach den Vernehmungen bei der Kriminalpolizei stand Broudré-Gröger ratlos dem plötzlichen Verdacht gegenüber. Einem Freund vertraute der zur Verschwiegenheit Verpflichtete nur an: „Das war phantastisch.“

Das ist es wohl wirklich. Absurd etwa erscheint den Genossen die Pacepa-Saga, der rumänische Außenminister brauche konspirative Kontakte, um einen Termin beim SPD-Bundesgeschäftsführer zu bekommen.

Für die Behauptung Pacepas, Broudré-Gröger habe Geld erhalten, finden seine Freunde und Vorgesetzten nur eine Erklärung: Sein Name habe wahrscheinlich auf einer fingierten Spesenliste der rumänischen Botschaft gestanden, mit der ein Balkan-Diplomat seine Nebeneinnahmen tarnte.

Einen weiteren angeblichen Agenten konnten die Fahnder erst nach zusätzlichen Recherchen aufspüren. Der Rumäne hatte zunächst einem „section chief“ im Auswärtigen Amt Komplizenschaft nachgesagt. Doch die einzige konkrete Angabe, mit der Pacepa dienen konnte, das Datum der Ernennung zum „section chief“, paßte zu keinem Abteilungs- oder Referatsleiter des Auswärtigen Amtes.

Erst als ein Verfassungsschützer erneut nach Washington flog, um ihn mit dem Ergebnis der amtlichen Nachforschungen zu konfrontieren, kam der Frontwechsler mit einer neuen Version: Der „section chief“ könne auch im Landwirtschaftsministerium arbeiten. Jedenfalls habe dieser Mann sich intensiv für die Belange Bukarests eingesetzt, als die Lieferung verdorbener Fleischkonserven die deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen zu trüben drohte. Pacepa: Der Mann sei „hilfreich“ gewesen.

Tatsächlich, so die Ermittlungen, gab es nach dem verkorksten Fleischexport Probleme im Handel mit Bukarest, die der beschuldigte deutsche Beamte zu lösen suchte. Keineswegs auszuschließen ist jedoch, daß er diese Aktivitäten im Rahmen seiner normalen Dienstgeschäfte entfaltet hat. Bis Ende letzter Woche konnte er zu der Pacepa-Version nichts beisteuern: Der Beamte macht, ahnungslos, im Ausland Urlaub.

Nach anfänglichen Zweifeln nach Karlsruhe weitergegeben.

Als kleine Fische werten die Sicherheitsbehörden die restlichen Fälle auf der Liste angeblicher Spione. So soll ein Grenzschützer unter anderem ein Fahndungsbuch geliefert haben. Rumänische Experten für Luftsicherheit hatten, bei einem Deutschlandbesuch, die Beziehungen angebahnt.

Erfolgreich verlief die rumänische Kontaktsuche laut Pacepa auch bei einem kleinen Staatsdiener im Auswärtigen Amt und bei einem Angestellten in einer FDP-Provinzgeschäftsstelle.

Als Fehlinformation erwies sich ein Hinweis Pacepas, der zu einem Abteilungsleiter im Kanzleramt führte. Dieser sollte angeblich einen Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz beschafft haben. Die Verdächtigung erwies sich als unhaltbar.

Nach anfänglichen Zweifeln entschloß sich Mitte August Verfassungsschutz-Präsident Richard Meier, das Material an den Generalbundesanwalt in Karlsruhe weiterzugeben. Wenn ein Spitzenmann aus einem östlichen Geheimdienst, so Meier, schwerwiegende Beschuldigungen erhebe, könnte es dem obersten Ankläger nicht vorenthalten werden.

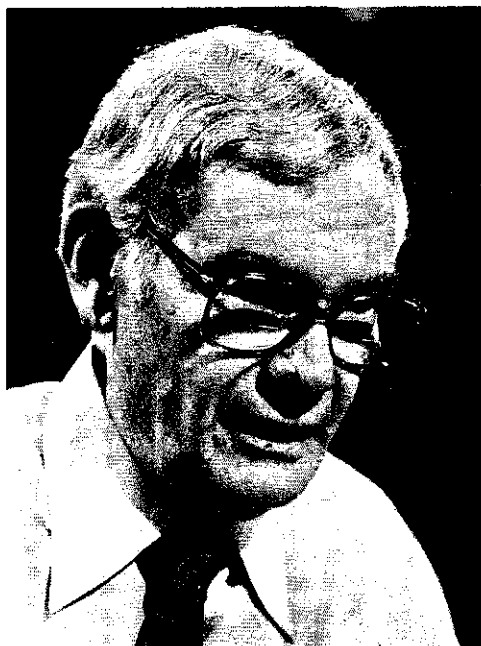
Ein Bonner Kabinettsmitglied ist nach dem Aktenstudium gleichwohl sicher, daß keiner der Verdächtigen je verurteilt wird: „Die Beurteilungsgrundlagen sind sehr gering.“

Den Sozialliberalen erscheint es verwunderlich, daß Pacepa, der, bevor er in Köln Anfang August untertauchte, seine eigenen Leute in der Botschaft ausführlich nach konspirativen Kontakten ausgeforscht hatte, nur so wenig Konkretes bieten konnte. Bonner Geheimdienstkenner argwöhnen, der Überläufer habe nichts anderes im Sinn, als sich mit den — offenkundig dürftigen — Ergebnissen seiner Recherchen vom CIA das Anrecht auf einen gesicherten Lebensabend in den USA, wohlgeschützt vor den Nachstellungen seiner einstigen Freunde, zu erkaufen.

Sie schließen, da sie Pacepa schon aus seiner früheren Regierungstätigkeit kennen, nicht einmal aus, daß der Rumäne „zu den Leuten gehört, die mal 100 Mark für ein gutes Essen ausgeben und anschließend ihrer Regierung 3000 Mark in Rechnung stellen, mit der Be-



Verfassungsschützer Meier, Chefankläger Rebmann: „Niedriger hängen, niedriger hängen“



Journalist Löwenthal
Die alte Seilschaft...

gründung, sein hoher Gewährsmann habe aus Sicherheitsgründen nicht quittiert“.

Die Experten des amerikanischen CIA allerdings urteilen anders über den redseligen Rumänen. Pacepa hat ihnen eine Erklärung gegeben, warum er nicht so genau über Bonner Interna Bescheid wisse: Um sich bei seinem letzten Besuch nicht durch „wilde Frageerei“ verdächtig zu machen, habe er sich nur sehr vorsichtig erkundigt und nur kurze Notizen gemacht.

Den Amerikanern stellt Pacepa sich als ein Mann dar, der über politische und militärische Intimkenntnisse verfügt, der weiß, was in den Führungskreisen des Warschauer Paktes gedacht und geplant wird, und dessen Flucht in den Hauptstädten des Ostblocks größte Verwirrung, ja sogar Verhaftungen ausgelöst habe. Seine Vernehmung, so ist in Washington zu hören, werde noch monatelang dauern.

Ein deutscher Geheimdienstler gibt den Eindruck seiner amerikanischen Kollegen wieder: „Er ist nicht irgendein hergelaufener Hauptmann, sondern eine zentrale Figur. Das allein sichert ihm schon einen angenehmen Lebensabend.“

So obskur Pacepas Bericht aus Bonn sich anhört, so seltsam waren die Wege, auf denen seine Erzählungen das Licht der deutschen Öffentlichkeit erblickten.

Am 17. August gaben die Kölner Verfassungsschützer ihre Akten über Broudré-Gröger ab nach Karlsruhe. Die Bundesanwaltschaft schaltete das Bundeskriminalamt ein — und schon waren die News aus den USA in Bonn auf dem Markt.

„Quick“-Nachrichtenhändler Paul („Cap“) Limbach fragte schon vor zwei

Wochen bei den Sicherheitsbehörden nach, was es denn mit Pacepas Enthüllungen über einen Referenten in der SPD-Zentrale auf sich habe. Limbachs Mitarbeiter Guy Ley zeigte dann vorletzte Woche in Bonn ein Bild des Bahr-Mitarbeiters herum. Er wollte sich bei Journalisten vergewissern, daß das Photo tatsächlich Joachim Broudré-Gröger zeigt.

Es traf sich gut, daß die „Welt“ zur gleichen Zeit das Ullstein-Buch ihrer beiden Redakteure Heinz Vielain und Manfred Schell über sämtliche Spionage-Affären der sozialliberalen Ära als Serie auswalzte.

Sozial- und Freidemokraten vermuten jedoch, der Zeitplan ihrer publizistischen Gegenspieler sei durcheinander geraten. Ursprünglich hätten sie die Pacepa-Bombe erst kurz vor dem hessi-



Journalist Vielain
... hängt offenkundig...

schen Wahltermin am 8. Oktober zünden und so CDU-Dregger noch massive Wahlhilfe leisten wollen. Doch dann habe die für Mittwochmorgen terminierte Hausdurchsuchung bei dem Bahr-Referenten die Enthüller zu vorzeitiger Aktion gezwungen.

An jenem Tag zeigte sich, daß die alte „Seilschaft“ (Bahr) noch intakt ist, die schon Anfang der siebziger Jahre die neue Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr mit gezielten Enthüllungen bekämpfte und offenkundig jedesmal am selben Informationsstrang hing.

Mittwoch früh schlugen „Bild“ und „Welt“ mit ersten Meldungen über den Spionagefall los. Am Abend verkündete Gerhard Löwenthal, ZDF-Magazineur und Wahlkämpfer für Dregger in Hessen, was er nach Meinung Bonner Insi-

der nur aus den Vernehmungen Broudré-Grögers vom selben Tage wissen konnte: „Allerdings soll Bahr, wie alliierte und deutsche Sicherheitskreise heute bedauernd andeuteten, seinen Referenten von dem gegen ihn bestehenden Verdacht vor der Haussuchung von heute morgen unterrichtet haben.“ Auch CDU-Kohl und CSU-Althammer zeigten sich informiert.

Tags darauf lief das Zusammenspiel weiter. Von Springers „Welt“ ließ sich der Oppositionsführer das Stichwort liefern, um auch den SPD-Geschäftsführer Bahr mit in die Affäre hineinzuziehen. Das Blatt hatte gemeldet, die Spionageabwehr suche in dessen „engstem Mitarbeiterstab nach einem Agenten“, der vertrauliche Pläne Bahrs an den Osten geliefert habe, die nun über Pacepa wieder in den Westen gelangt seien: Überlegungen des SPD-Politikers, „die langfristig auf einen Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der Nato abzielen“.

Auf einer Pressekonferenz am Donnerstagmittag schlug Kohl den Bogen von Broudré-Gröger zu Bahr und weiter zum Bundeskanzler: „Wir wollen schon wissen, ob Helmut Schmidt die offensichtlichen Aktivitäten des Herrn Bahr deckt und ob es einen neuen Bahr-Plan gibt. Das ist eine der zentralen Fragen der deutschen Politik.“

Aus den Pacepa-Einlassungen läßt sich die „Welt“-/Kohl-Version, so Bonner Geheimdienst-Experten, nicht belegen. Denn der Balkan-General hat nach Kenntnis der deutschen Behörden weder ein solches Papier mitgebracht noch darüber irgendwelche Ausführungen gemacht.

Dafür paßt die Story um so besser in eine Kampagne gegen die regierende



Journalist Limbach
... am selben Informationsstrang

SPD, die schon seit mehreren Monaten in den USA läuft. Sie begann mit der Bemerkung von Zbigniew Brezinski, Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, gegenüber deutschen Politikern, die Regierung Schmidt betriebe offensichtlich eine Politik der „Selbstfinnlandisierung“, der freiwilligen Neutralisierung zwischen den Supermächten.

Den Faden nahm „Newsweek“-Mitarbeiter Arnaud de Borchgrave auf, als er publik machte, der deutsche Kanzler habe seine in einem Interview geäußerte verhaltene Kritik am Sowjet-Chef Leonid Breschnew bei der Endredaktion wieder gestrichen.

Fortgesponnen wurde das Garn in der „Washington Post“ am 11. August, nach Papeas Übertritt. Autor Rowland Evans, noch im Juli Gesprächspartner mehrerer Unionspolitiker in Bonn, unterstellte nun dem Brandt-Freund Bahr, er wolle als Preis für die Wiedervereinigung die Bundesrepublik aus dem Nato-Bündnis herauslösen. Bahr letzte Woche: „Das einzige, was mich daran ärgert, ist, daß die mich für einen Dummkopf halten. Weder von der Größe noch von der politischen Lage her können wir je neutral sein.“

Am vergangenen Freitag schlugen die Sozialdemokraten zurück. Parteichef Willy Brandt bat den amerikanischen Gesandten in Bonn um eine offizielle Stellungnahme seiner Regierung zu der „Behauptung, der rumänische Überläufer habe amerikanischen Dienststellen Papiere oder Informationen übergeben, die Zweifel an der Bündnistreue und Zuverlässigkeit der deutschen Sozialdemokratie wecken sollen“.

Mit einem solchen Persilschein für Egon Bahr, den die Carter-Administration den Deutschen kaum verweigern kann, wollen die Sozialdemokraten dann zu Hause aufräumen. Die SPD-Führung überlegt, den Staatsanwalt gegen die Achse Sicherheitsbehörden/Op-
position/Rechtspresse zu bemühen. Generalbundesanwalt Rebmann dient seine Unterstützung an: Da müsse man mal „reinleuchten“.

Noch am Tage der von seiner Behörde inszenierten Sondervorstellung des Bundestages räumte der Chefankläger ein, die peinliche Sache könne mit voller Rehabilitierung der Beschuldigten enden.

Auch der Koordinator der deutschen Geheimdienste, Kanzleramts-Staatssekretär Manfred Schüller, von der CIA auf dem laufenden gehalten, sieht das Ende der Affäre: „Ich war vom ersten Tage an ziemlich sicher, daß alles Qualm ist. Darin bin ich nur bestätigt worden. Das muß schnell ausgeschwitzt werden im Interesse der politischen Hygiene.“

LOHNSUMMENSTEUER

Juckpulver hinten rein

In dem Streit um das Steuerpaket, der sich zu einer schweren Belastung der sozialliberalen Koalition entwickelte, griff Kanzler Schmidt zugunsten der FDP ein.

Nach fünf Wochen Urlaub am Brahmsee wollte es Bundeskanzler Helmut Schmidt gemächlich angehen lassen. „Jetzt wollen wir mal alle so tun“, forderte er zu Beginn der Kabinettsitzung am vergangenen Mittwoch die Kollegen früh um neun Uhr jovial auf, „als hätten wir Lust zum Regieren.“



Kontrahenten Matthöfer, Genscher: Noch handlungsfähig?

Acht Stunden später hockte die sozialliberale Ministerriege noch immer an Schmidts Tisch, lustlos und zerstritten. Der Koalitionskanzler war wieder im Alltagsgeschäft, er mußte schlichten. Schmidt salomonisch: „Meine Aufgabe ist es, um es vorsichtig zu formulieren, die Unzufriedenheit zwischen den Partnern gerecht zu verteilen.“

Zwar hatten sich die Koalitionäre am Mittwoch bei der Verabschiedung des Steuerpakets schnell darauf geeinigt, daß es — trotz des erbitterten Widerstandes von Kommunalpolitikern und Oberbürgermeistern aus Nordrhein-Westfalen — bei der SPD/FDP-Verabredung bleibt, die Lohnsummensteuer vom 1. Januar 1980 an abzuschaffen. Als es aber um Details ging, gerieten FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher und SPD-Finanzminister Hans Matthöfer aneinander.

Die Sitzung war schon fast zu Ende, da stellte der um seine Kasse besorgte Finanzchef in Zweifel, daß nach der milliardenschweren Entschädigung für die Gemeinden noch etwas übrigbleibe, um, wie die FDP fordert, die Wirtschaft weiter von Steuern zu entlasten. Die Freidemokraten wollen sich nämlich den Unternehmern nicht nur mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer empfehlen, sondern auch noch mit einer Anhebung der Freibeträge bei der Gewerbeertragsteuer von derzeit 24 000 auf 36 000 Mark.

Das ganze Paket, der Ausgleich für die Lohnsummensteuer und höhere Freibeträge, dürfte die zuvor von der Koalition festgelegte Schallmauer von drei Milliarden Mark für 1980 auf kei-

nen Fall durchbrechen, meckerte Matthöfer. Und er wollte plötzlich nicht mehr ausschließen, daß die FDP auf ihre Gabe an die Wirtschaft völlig verzichten müsse.

„Auf jeden Fall werden die drei Milliarden eingehalten“, bestimmte der Haushaltschef, „ob wir dann die Freibeträge raufsetzen und um wieviel, entscheiden wir nachher“ — nach monatelangem Gerangel mit den Stadtkämmerern und den Landesfinanzministern um den Finanzausgleich.

Für Genscher hatte Sozialdemokrat Matthöfer damit eine Koalitionsabsprache gebrochen. Der FDP-Chef ging hoch, so beobachtete ein Teilnehmer, „als hätte ihm einer Juckpulver hinten reingetan“.

„Ich fühle mich getäuscht“, schnappte Genscher, „ich habe dann wohl alle Beschlüsse unter falschen